

## Streuobstwiesen

Als ich dieses Wort zum ersten Mal las, konnte ich damit nichts anfangen. Kannte ich doch seit Jahrzehnten Gärten mit großen Obstbäumen, an deren Früchten sich nicht nur wir Menschen erfreuten. Mitunter musste man sich sehr beeilen, von den reifen Früchten noch etwas abzubekommen – Vögel und Insekten wussten, was ihnen schmeckte. Und unten im Gras raschelten Igel und Feldmäuse, wuselten Ameisen herum. Das gleiche konnte man an alten Obstbaumalleen und manchmal auch mitten auf einem Feld beobachten. Es war also ein reiches Angebot für Mensch und Tier, niemand kam zu kurz.

Da die Pflege von großen Bäumen und das Ernten von ihnen sehr aufwendig sind, wurden die Hochstämme auf Obstplantagen und auch in privaten Gärten immer mehr von kleinen Bäumen abgelöst. Dadurch verringerte sich das Angebot für Tiere sehr, die Nahrungskette war vielerorts durchbrochen. Für einige Tierarten kann das verhängnisvoll sein, wie zum Beispiel für den Vogel des Jahres, den Grünspecht. Er braucht diesen Mix aus

Obstbaum und Wiese, die sich selbst überlassen und nicht mit Chemie behandelt wurden.



Man kann ihm und anderen Tierarten helfen, indem man die noch vorhandenen Streuobstwiesen unter Schutz stellt und pflegt, wo Berlin einen Nachholbedarf hat, und indem man mehr Obstbäume in öffentlichen Grünanlagen pflanzt. Dem dienen die beiden Anträge unserer Fraktion vom Mai 2014 ([DS/1198/VII](#) und [DS/1203/VII](#)).

Es stellt sich auch hier wieder heraus, dass unsere Vorfahren so einiges sehr gut gemacht haben. Ob sie dafür den Begriff Streuobstwiesen benötigten?

**Ihre  
Henriette van der Wall  
Ausschuss Ökologische  
Stadtentwicklung**

## Das Thema Graffiti. Wir bleiben dran!

Bereits im letzten Jahr haben wir den Antrag „Kreative Jugend statt Stigmatisierung“ ([DS 0923/VII](#)) gestellt, in dem das Bezirksamt ersucht wurde nach Flächen im öffentlichen Raum zu suchen, die vor allem durch Kinder und Jugendliche ausdrücklich dafür genutzt werden könnten Graffiti-Erfahrungen zu sammeln, ohne sich gleich strafbar zu machen.

Es hat sehr lange gedauert alle Fraktionen in der BVV dafür zu gewinnen dem Antrag zuzustimmen. Umso enttäuschter sind wir über die Antwort des Bezirksamtes, die sogar als Abschlussbericht (soll heißen: Anliegen erledigt) in die BVV eingebracht wurde. Darin informiert die für Jugend zuständige Stadträtin, dass Jugendprojekte zum Thema Graffiti durchgeführt werden (was seit Langem allgemein bekannt ist) und dass keine weiteren personellen Ressourcen für das Aufsuchen und Schaffen neuer Flächen existieren. Um das zu erfahren, hätten wir nun wahrlich keinen Antrag stellen und auch keine Überzeugungsarbeit in den Fraktionen leisten müssen!

Aber immerhin war die Jugendstadträtin damit einverstanden die Vorlage als Zwischenbericht einzureichen, so dass das Anliegen nicht als abgeschlossen betrachtet wird. Bedauerlicherweise haben sich die anderen Stadträt\_innen nicht zu Thema geäußert. Liegen etwa dem Ordnungsamt, dem Schulamt oder dem Stadtentwicklungsamt keine Erkenntnisse vor, welche Flächen als geeignet eingestuft werden können?



Daher unsere ausdrückliche Bitte an (Sozial-)Pädagog\_innen, aber auch an Kinder und Jugendliche: Meldet den Bedarf an Graffitiflächen oder nennt dem Bezirksamt geeignete Flächen, die als solche ausgewiesen werden können! Wir bleiben bei dem Ansatz, dass es sinnvoll ist Flächen für Graffiti freizugeben bzw. zu schaffen, damit die Kinder und Jugendlichen in Lichtenberg in ihrer Kreativität unterstützt werden können.

Einen schönen und kreativen Sommer wünscht

**Bartosz Lotarewicz  
Jugendpolitischer  
Sprecher**

**Haben Sie Fragen, Wünsche,  
Kommentare, Anregungen  
oder Anmerkungen?**

**Wir freuen uns auf Ihre  
Kontaktaufnahme!**

Tel. 600 57 349  
Mo 13 – 18 Do 10 – 14 Uhr  
<http://www.gruene-lichtenberg.de/bvv-fraktion/>  
[bvv-fraktion@gruene-lichtenberg.de](mailto:bvv-fraktion@gruene-lichtenberg.de)

V. i. S. d. P.: Fraktion Bündnis  
90 /Grünen in Lichtenberg  
Rathaus Lichtenberg  
Möllendorffstr. 6  
10360 Berlin

## Open Source ist Pflicht !

Durch die Verwendung der Internet Software „Drupal 7“ bei der Erstellung der Internetseite, steht auch die Software des Portals unter einer Open Source-Lizenz, der sogenannten GNU General Public Licence (GPL). Dadurch ist das Bezirksamt, so würde man meinen, Eigentümer der Software und darf, wenn es wollte, den Quelltext der Software beliebig verändern, weitergeben und veröffentlichen. Sinnvoll, damit auch andere Bezirke oder Kommunen die Software kostengünstig nutzen können – das spart Zeit und vor allem Geld der öffentlichen Kassen.

Ist doch selbstverständlich, wenn das Bezirksamt auch der Auftraggeber der bestellten Software ist? Nein, selbstverständlich ist das anscheinend nicht. Dass die oben erwähnte Software Drupal 7 bei der Erstellung genutzt wurde, war mehr Zufall als Bedingung. Eine Veröffentlichung wäre in Verbindung mit einer entsprechenden Dokumentation, die bei der Programmierung erstellt wurde, am besten für potentielle Nutzer\_innen. Leider wurde eine solche Dokumentation nicht mit in Auftrag gegeben und somit auch nicht erstellt. Diese nun nachträglich zu realisie-

ren würde den Bezirk angeblich mehr als 13.000 Euro kosten.

Deshalb setzten wir uns in einem Antrag dafür ein, dass in Zukunft beim Abschluss künftiger Verträge zum Kauf oder zur Neuentwicklung spezieller Software oder dem Erstellen von Informationsmaterialien eine spätere Veröffentlichung unter einer Creative Commons Lizenz, auch mit einer Dokumentation, möglich ist. Denn davon profitieren wir alle!

**Ihr Sascha Clucas  
Sprecher für Verwal-  
tungsmodernisierung**